

mäßigen Produktionsmethoden durch die Entwicklung der kooperativen Zusammenarbeit.

Dabei gehen wir von den bewährten Grundsätzen der Agrarpolitik unserer Partei aus: Bei allen Maßnahmen zu erreichen, daß mehr, besser und billiger produziert wird; daß die Entwicklung unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen kontinuierlich und schrittweise erfolgt; daß schließlich alle Schritte mit den Genossenschaftsbauern und Arbeitern gemeinsam ausgearbeitet und vollzogen werden.

IV

Mit den Parteiwahlen 1973 ist die Qualität der Parteiarbeit in den staatlichen Organen sowie in den Bereichen der Wissenschaft, Bildung und Kultur weiter zu erhöhen.

In den Berichtswahlversammlungen und Delegiertenkonferenzen werden die Aufgaben zur weiteren Festigung der sozialistischen Staatsmacht im Verantwortungsbereich beraten. Es wird eingeschätzt, wie die Genossen in den staatlichen Organen das Gesetz über den Ministerrat der DDR und das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe verwirklichen. Dazu gehört in erster Linie, die Autorität der Abgeordneten weiter zu erhöhen, das Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und den staatlichen Organen zu vertiefen und diese noch besser zu befähigen, eine volksverbundene, auf sichtbare Fortschritte gerichtete Arbeit zu leisten.

Ein wichtiges Anliegen der Parteiorganisationen in den staatlichen Organen sind die allseitige Förderung der Initiative der Werktätigen, die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und die Sicherung einer hohen Plan- und Staatsdisziplin. Überall gilt es, Wert darauf zu legen, daß die Vorschläge, Hinweise und die Kritik der Bürger volle Beachtung finden.

Im Interesse der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen erarbeiten die Genossen in den Berichtswahlversammlungen und Delegiertenkonferenzen ihren politischen Standpunkt, wie die Zusammenarbeit der Betriebe mit dem Territorium noch enger und wirksamer gestaltet werden kann.

Der Einfluß der Partei richtet sich noch stärker auf die Verbesserung der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung, auf die Arbeiterversorgung, den Berufsverkehr und die Betreuung der Schichtarbeiter, auf die Verbesserung der Wohnverhältnisse, die Dienstleistungen und das Reparaturwesen, auf die Erleichterung der Arbeit der berufstätigen Frauen und auf andere kommunale Fragen.